

Niederschrift

über die 14. öffentliche Sitzung des Integrationsrates am Mittwoch, 12.03.2025 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Martin Falke CDU

ordentliche Mitglieder

Frau Aynur Bucan Türkisch-Islamische
Gemeinde

Herr Cosimo Dell'Abate

Frau Susanne Brandenburg CDU

Herr Michael Rupp CDU

Herr Matthias Schumann CDU

Frau Chariklia Brüning DIE LINKE

Fraktionen

Herr Peter Groß CDU

Frau Henrike Lindenberg SPD für Frau Kollender

Frau Dr. Andrea Grunert Bündnis 90/Die Grünen

Frau Julia Gerhard FDP

Herr Marlon Buchholz AfD

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Anna Maurer Stadt Hilden

Frau Anja Voß Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Fallzahlenentwicklung Asyl
WP 20-25 SV 51/303
- 3 Sachstand Integration
WP 20-25 SV 51/299
- 4 Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges Integration 2024
WP 20-25 SV 51/301
- 5 Planung des Maßnahmenkatalog Integration 2025
WP 20-25 SV 51/308
- 6 Ausschreibung des Heimatpreises 2025
WP 20-25 SV III/080
- 7 Sachstand Zusammen aktiv vor Ort
WP 20-25 SV 51/296
- 8 Sachstand Projekt "3 Phasen Modell - WIR2 zum Job"
WP 20-25 SV 51/295
- 9 Sachstand Projekt- und Fördermittelmanagement
WP 20-25 SV 51/294
- 10 Einführung des Familienportals "Guter Start NRW"
WP 20-25 SV 51/298
- 11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 12 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rm Falke/CDU, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

1. Beigeordneter Eichner informierte, dass der Tagesordnungspunkt 6 im Jugendhilfeausschuss aufgrund von Unklarheiten bezüglich des Integrationspreises nicht beraten, sondern vertagt wurde.

Der Vorsitzende Rm Falke/CDU lies den Tagesordnungspunkt dennoch auf der Tagesordnung, um die Unklarheiten zu klären und den Tagesordnungspunkt im Integrationsrat zu beraten.

Einwohnerfragestunde

Herr Bekir Aslan, Gründungsmitglied des Bildungs- und Erziehungsvereins Hand in Hand, äußerte sein Bedauern über die Einsparungen der Fördergelder im Maßnahmenkatalog Integration 2025 seitens der Stadtverwaltung.

1 Befangenheitserklärungen

Es erklärte sich niemand für befangen.

2 Fallzahlenentwicklung Asyl

WP 20-25 SV 51/303

1. Beigeordneter Eichner führte in den TOP 2 ein und erläuterte, dass die Verwaltung im Integrationsrat über die Fallzahlenentwicklung hinsichtlich der Flüchtlingssituation in Hilden intensiver informieren und auch Hintergründe besser beleuchten wolle. Des Weiteren teilte er mit, dass ein zeitnaher Umzug der geflüchteten Menschen vom Weidenweg auf die Herderstraße anstehe, da die Containerlandschaft umzugsfertig sei.

Rm S. Brandenburg/CDU fragte, ob alle Menschen untergebracht werden können und wie viele freie Plätze im Container übrig wären, wenn 20 Personen umgezogen seien.

Rm Beier/BA führte an, dass zum Zeitpunkt der Ratssitzung 813 geflüchtet Menschen in den Unterkünften untergebracht waren. Ohne die Module sei eine Kapazität von 962 Plätzen vorhanden. Laut dem Stand in der Ratssitzung bestehen jetzt noch Unterkunftsmöglichkeit von ca. 210 Plätzen. In diesem Zusammenhang wollte er wissen, wie zügig umgezogen werden könne und ob die Größenordnung seiner genannten Zahlen valide sei.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass ein guter Ab- und Zufluss der geflüchteten Menschen dazu führe, dass aktuell genug Platz in Hilden vorhanden sei. Er wies jedoch darauf hin, dass die Zahlen nur eine rechnerische Größe seien und eine exakte Umsetzung oder Umrechnung aufgrund unterschiedlicher Familiensituationen nicht möglich sei. Zuweisungen von Familien mit unterschiedlicher Anzahl von Kindern oder Personen mit psychischer Erkrankung oder anderen körperlichen Einschränkungen lassen es nicht zu, die freien Plätze so auszunutzen, wie rechnerisch dargestellt. Laut Zeitplan werde die Halle am Weidenweg zum Ende der Sommerferien, spätestens jedoch zu Beginn der Herbstferien, wieder für den Schul- und Vereinssport zur Verfügung stehen. Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen seien im Zeitplan berücksichtigt worden. Des Weiteren teilte er mit, dass die Container auf 60 Personen ausgerichtet seien.

Rm Groß/CDU wollte wissen, wie sich die Maßnahmen bemerkbar machen und bat um konkrete Angaben, was vorhanden sei, was hinzukomme und was bisher geschafft wurde.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass mit jedem geflüchteten Menschen eine Potenzialanalyse durchgeführt werde, um den Bedarf zu klären, was zusätzliche Arbeit bedeute. Hierbei sei die Verwaltung auf externe Unternehmen oder ehrenamtliche Arbeit hinsichtlich der Begleitung von Menschen angewiesen. Mit der Sitzungsvorlage habe die Verwaltung den Integrationsrat anhand der vorab geäußerten Wünsche informiert. Weitere Maßnahmen können auch dargestellt werden, nur müssen diese konkreter definiert werden.

Frau Voß/Verwaltung ergänzte, dass für die Durchführung der Potenzialanalyse derzeit 19,5 Wochenstunden zur Verfügung stehen. Ziel sei es herauszufinden, wie diese Menschen gezielter integriert werden können. Da die Umsetzung erst kürzlich begonnen habe, werde sie anhand erster Erfahrungswerte im Ausschuss darüber berichten. Hinsichtlich ehrenamtlicher Angebote, wie Sprachunterstützung oder Begleitung zu Behördengängen, würde die Verwaltung gerne in Kooperation mit den Anbietenden gehen, um eine sinnvoll gebündelte Maßnahme anbieten zu können.

Der Integrationsrat nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

3 Sachstand Integration

WP 20-25 SV 51/299

Rm Beier/BA fragte beziehungsweise auf die vorgestellten Angebote „Nähzimmer und Schachturnier“, wie die Zielsetzung der Stadtverwaltung hinsichtlich der geplanten Aktivitäten war.

Frau Voß/Verwaltung antwortete, dass der Verwaltung für diese Initiative nur eine halbe Stelle für das Screening und die Durchführung von Angeboten zur Verfügung stehe. Sie erklärte außerdem, dass es im letzten Jahr eine Sitzungsvorlage bezüglich der Umwidmung finanzieller Mittel gegeben habe, die politische Entscheidung jedoch anders ausgefallen sei. Ziel war es, die Mittel für den Maßnahmenkatalog Integration für die Durchführung des sogenannten Screenings durch einen Träger durchführen zu lassen.

Der Integrationsrat nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges Integration 2024

WP 20-25 SV 51/301

1. Beigeordneter Eichner bedankte sich bei den Antragsstellern für die gelungene Umsetzung der Maßnahmen im Wert von 19.500 €; 20.000 € standen zur Verfügung. Er betonte, dass Integration machbar sei und in 2025 fortgeführt werde und die Maßnahmen mit dem verfügbaren Geld weiterhin umgesetzt werden.

Der Integrationsrat nahm den Bericht der Verwaltung zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs Integration 2024 zur Kenntnis.

5 Planung des Maßnahmenkatalog Integration 2025

WP 20-25 SV 51/308

Rm Beier/BA wollte wissen, ob eine Beschlussfähigkeit vorliege.

Rm Buchholz/AFD gehe davon aus, dass alle Antragssteller eingeladen wurden und fragte, welche Antragssteller heute anwesend seien und ob die nicht erschienenen Vertreter und Vereine abgesagt haben.

Der Vorsitzende Rm Falke/CDU bestätigte, dass alle Antragssteller eingeladen waren und stellte fest, dass der Bildungs- und Erziehungsverein Hand in Hand und Frau Schröder vom Jugoslawischen Kulturverein anwesend waren.

Rm Groß/CDU merkte an, dass 2024/2025 keine Kürzung, sondern nur eine Mittelverschiebung stattgefunden habe und das Budget nicht geändert wurde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Integrationsrat und im Sozialausschuss die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmenkataloges zur Integrationsförderung für das Jahr 2025 - vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit insgesamt 12 Ja-Stimmen und einer Enthaltung der AfD Fraktion.

Frau Voß/Verwaltung wies bezugnehmend auf die Sitzungsvorlage darauf hin, dass der Integrationspreis bestehen bleibe. Sie erklärte weiterhin, dass die große Veranstaltung letztes Jahr nur mit Fördergeldern aus dem Projekt „Zusammen aktiv vor Ort“ und durch die Zusammenlegung beider Veranstaltungen, möglich war. Laut dem städtischen Haushalt stehen für den Integrationspreis insgesamt 1.400 € zur Verfügung; 800 € für das Preisgeld und 600 € für das Rahmenprogramm.

Rm Beier/BA schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu verändern, dass der Integrationspreis weiterhin bestehen bleibe und der letzte Absatz der Begründung in der Sitzungsvorlage somit entfalle.

Der Vorsitzende Rm Falke/CDU lies über den Änderungsvorschlag abstimmen.

Die Fraktionen diskutierten im Anschluss an die Abstimmung weiter über den Tagesordnungspunkt.

Rm Groß/CDU begrüßte die Idee des Heimatpreises, betonte jedoch die Wichtigkeit einer Trennung des Heimat- und Integrationspreises.

Rm S. Brandenburg/CDU sagte, dass ohne konkrete Richtlinien die Vergabe eines Preises nur schwierig umzusetzen sei. Sie fügte hinzu, dass sie den Änderungsvorschlag, jedoch unter den Voraussetzungen der Förderreichtlinien, zustimme.

1. Beigeordneter Eichner ergänzte, dass die Verwaltung diesen Hinweis als Empfehlung aufgrund eines guten Änderungsvorschlages mitnehmen werde, da es eine nachvollziehbare Bitte für die Grundlage einer Entscheidung sei, Richtlinien beizulegen.

Frau Voß/Verwaltung erläuterte, dass es einmal die Richtlinien des Landes hinsichtlich der Abrechnungen gebe, um Fördermittel abzurufen und zweitens auch Richtlinien der Jury gebe und fragte welche Richtlinien gemeint seien. Da das Land keine Richtlinien vorgab, habe sich die Verwaltung diesbezüglich an anderen Kommunen orientiert und Kriterien hinsichtlich des Heimatpreises gesetzt. Der Gesamtpreis in Höhe von 5.000 € könne auf drei Projekte zu je 1.666 € aufgeteilt werden. Es könne aber auch nur ein Projekt gefördert werden, welches einen der Bildungsschwerpunkte, Bildung, Kultur und Inklusion, abdecke. Das Ziel sei, die Preise in diesen drei Bereichen und nicht dreimal für den gleichen Schwerpunkt zu vergeben.

Rm S. Brandenburg/CDU stellte zusammenfassend fest, dass die Richtlinien selbst gestaltet und mit einer entsprechenden Jury erarbeitet werden können, denn der Preis habe einen bestimmten Zweck. Sie wünsche außerdem ein Mitspracherecht bei den Kriterien des Gremiums.

Frau Voß/Verwaltung wies nochmals daraufhin, dass die Schwerpunkte im Heimatpreis Kultur, Bildung und Inklusion seien und der Integrationsrat an der Vergabe des Preises nur beteiligt sei, da der Preis nicht ausschließlich der Integration zufalle.

1. Beigeordneter Eichner stellte nochmal klar, dass es zwei Preise gebe, einmal den Heimatpreis mit Jury und den Integrationspreis mit Beschluss einer Jury.

Anmerkung der Schriftführung:

Vorsitzender Rm Falke/CDU lies über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschlussvorschlag:

Fraktionsmitglied Beier/BA schlägt folgende Änderung vor:

Der Integrationspreis bleibt hiervon unberührt. Somit ist der letzte Absatz der Begründung in der Sitzungsvorlage obsolet.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beauftragt die Verwaltung nach Vorberatung im Integrationsrat und den Fachausschüssen den Antrag zum Förderprogramm Heimatpreis (Förderperiode 2023 bis 2027) beim Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen zu stellen und die Ausschreibung des Heimatpreises entsprechend umzusetzen.

Der Ratsbeschluss gilt gemäß den Landesvorgaben (Förderperiode 2023 -2027) als Grundsatzbeschluss zur Teilnahme der Stadt Hilden am „Heimat-Preis“ auch für die Folgejahre bis 2027. Der Rat der Stadt Hilden stimmt der Besetzung der in der Vorlage genannten Jury zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen mit 1 Enthaltung der Türkisch-Islamischen Gemeinde

7 Sachstand Zusammen aktiv vor Ort

WP 20-25 SV 51/296

Der Integrationsrat nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

8 Sachstand Projekt "3 Phasen Modell - WIR2 zum Job"

WP 20-25 SV 51/295

1. Beigeordneter Eichner teilte mit, dass eine weitere Gruppe aufgebaut werden solle, da sowohl der Bedarf als auch eine Notwendigkeit bestehe. Hierbei werde eine Honorarkraft unterstützen, welche über die Ehrenamtspauschale finanziert werde.

Frau Voß/Verwaltung ergänzte, dass es momentan einen sehr hohen Zulauf von Mentees gebe, weshalb die Verwaltung versuche neue Mentoren zu gewinnen, um eben diese Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Rm Groß/CDU bemängelte, dass es einen Unterschied bei der Auswahl von Mentees, die im zweiten und dritten Schwung gekommen seien, gebe. Im ersten Schub wurden diejenigen ausgewählt, die die besten Voraussetzungen mitgebracht haben, um in das Programm vermittelt

zu werden. Da dies jetzt nicht mehr so statfinde, werde die Arbeit, die Umsetzung und der schnelle Erfolg des Programms erschwert. Ihn interessiere, ob es hierzu neue Verfahrensweisen gebe.

Die Verwaltung nahm diese Anmerkung als Anregung mit, um den Prozess zu optimieren.

Rm S. Brandenburg/CDU schlug vor, dass dem Gremium ein mündlicher Bericht von einem Teilnehmenden und der Sachbearbeitung vorgetragen werde, um sich ein Bild davon machen zu können und ggf. Vorschläge oder Anregungen einbringen zu können.

Der Integrationsrat nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

9 Sachstand Projekt- und Fördermittelmanagement

WP 20-25 SV 51/294

Der Integrationsrat nahm den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

10 Einführung des Familienportals "Guter Start NRW"

WP 20-25 SV 51/298

Auf die Nachfrage von Rm Beier/BA, ob die Einstellung diverser Angebote in das Informationsportal über die Verwaltung gesteuert werde erläuterte Frau Voß/Verwaltung, dass das Programm aktuell im Zuge eines Projektes von einer Mitarbeiterin im Stellwerk betreut werde und nach Abschluss der Einführungsphase von externen Anbietenden selbst aktualisiert werden solle. Weiterhin werde von der Stadt ein Support zur Überwachung gestellt, sodass es zu keinen unangemessenen Einträgen komme.

Rm Groß/CDU verwies auf den bereits vorhandenen Veranstaltungskalender, welcher die Möglichkeit biete, thematisch sortierte Eintragungen vorzunehmen und fragte, warum es zwei Stellen gebe, wo Veranstaltungen aufgeführt werden.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass es schon ein ähnliches analoges Informationsblatt namens "Hilda" in Druckform gegeben habe, was jetzt über das Land und mit dem Land gemeinsam als digitale Plattform aufgebaut wurde. Das Zusammentreffen dieses Portals und der neuen Internetseite sei nur zufällig, könne aber auch miteinander gekoppelt werden.

Der Integrationsrat nahm den Bericht zur Einführung des Familienportals „Guter Start NRW“ zur Kenntnis.

11 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Der Vorsitzende Rm Falke/CDU erinnerte, an die Veranstaltung in der Musikschule im Strangmeier-Saal, an welcher Herr Güneysu, der Integrationsratsvorsitzende in Dormagen, welcher gleichzeitig auch im Landesintegrationsrat tätig sei, zu Gast sein werde. Er hoffe auf einen konstruktiven Austausch.

Frau Voß/Verwaltung wies auf die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom 17.03. bis 30.03.25 hin. Dies sei eine Aktion der Gruppe „Zusammen Aktiv vor Ort“ und des Kulturrates, bei welcher „ein Baum der Menschenwürde“ aufgestellt wurde, welcher die Möglichkeit biete, sich auf Blättern zu den Themen Demokratie und Menschenwürde zu äußern. Im Anschluss daran solle der Baum im Sinne der Nachhaltigkeit am Europaplatz eingepflanzt werden.

Rm Grunert/Bündnis 90/Die Grünen verlas folgenden Antrag:

„Die Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt folgenden Antrag:

In Hilden gibt es zahlreiche Initiativen von Privatpersonen und Institutionen (Nachbarschaftszentren, AWO etc.), die Angebote für Geflüchtete machen – von Hilfsangeboten im Alltag wie z.B. Hilfe bei Behördengängen bis hin zu Sprach- und anderen Bildungsangeboten. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen bittet die Verwaltung, sich einen Überblick über die bestehenden Angebote zu schaffen und erste Maßnahmen zur Bündelung bestehender Angebote oder Kooperationen zu erarbeiten.

Begründung:

Die Aufstellung bestehender Angebote für Geflüchtete wird ein wichtiges Informationstool für die damit befassten aktuellen und zukünftigen Akteure und deren Vernetzung darstellen. Neben der verbesserten Kommunikation wird die Kenntnisnahme und bessere Sichtbarkeit der unterschiedlichen Initiativen zudem einen Überblick darüber ermöglichen, welche Angebote fehlen und welche Bereiche zufriedenstellend abgedeckt sind.“

Herr Dell'Abate bemängelte, dass für die italienischen Mitbürger keine geeignete Räumlichkeit für diverse Treffen gefunden werden könne bzw. zur Verfügung gestellt werde.

Die Verwaltung teilte mit, dass die Verantwortung bei der SHB liege, da die Sportstätten samt Nutzung und den Räumlichkeiten an die SHB übertragen wurde. Die SHB habe hinsichtlich der Platzgestaltung bzw. einer Umgestaltung der Sporthalle die Bedarfe aufgenommen, ob dies umsetzbar sei, hänge von der Haushaltslage ab.

Der Vorsitzende Rm Falke sagte ergänzend zu der Nachfrage von Herrn Dell'Abate, dass die Stadt gerne wolle, aber momentan nicht könne.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Martin Falke / Datum
Vorsitzender

Anna Maurer / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum
1. Beigeordneter